

Ein mächtiges Instrument

Euro-Rettungsfonds. Die EFSF wird ein wahres Multi-Talent. Sie darf künftig schwächeren Banken unter die Arme greifen, vorbeugende Kredite an Staaten vergeben und gegebenenfalls sogar Staatspapiere aufkaufen. Damit der Euro-Rettungsschirm EFSF all das kann, müssen ihre Mitglieder höhere Bürgschaften hinterlegen – in Deutschland muss der Bundestag dafür ein entsprechendes Gesetz durchwinken.

Die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) sollte erst bis zu 440 Milliarden Euro ausleihen können. Doch die Ratingagenturen stellten höhere Anforderungen an die potenziellen Euro-Retter als erwartet (Grafik). Standard & Poor's

und Co. verlangten höchste Sicherheiten für ihr AAA-Rating. Nur wer mit dieser Bestnote geratet ist, kann sich am Kapitalmarkt zu den günstigsten Konditionen Geld leihen.

Aufgrund dieser Bedingungen schrumpfte das effektiv verfügbare

EFSF-Volumen von 440 auf rund 255 Milliarden Euro zusammen. Das ist zu wenig, um größere Länder wie ein taumelndes Spanien auffangen zu können. Um tatsächlich die anvisierten 440 Milliarden Euro verleihen zu können, müssen nun alle Euro-Staaten ihre Bürgschaften auf zusammen 780 Milliarden Euro ausdehnen und die dahinterstehende Übersicherung von 20 auf 65 Prozent erhöhen (Grafik Seite 2).

Deutschlands Anteil an den aufgestockten Garantien liegt bei →

Euro-Rettungsschirm: Was am Ende übrigbleibt

Der Euro-Rettungsschirm – die European Financial Stability Facility – sollte kriselnden Eurostaaten bis zu 440 Milliarden Euro ausleihen können, so der Beschluss im Mai 2010. Doch die Ratingagenturen stellen höhere Anforderungen als erwartet. Dadurch schrumpft auch der geplante aufgestockte Rettungsschirm.

in Milliarden Euro

Zusätzliche Übersicherung: 20 Prozent im bisherigen Rettungsschirm, 65 Prozent im aufgestockten;
 AAA-geratete Staaten: Länder mit der bestmöglichen Bewertung durch Ratingagenturen
 Ursprungsdaten: EZB, European Financial Stability Facility, Deutsche Bank

	Bisheriger Rettungsschirm	Aufgestocker Rettungsschirm
Potenzielles Volumen, wenn alle Euroländer einschließlich der Krisenstaaten bürgen	440	780
davon Beitrag der ausgetretenen Bürgen Griechenland, Irland und Portugal, der abgezogen werden muss	-30	-54
davon zusätzliche Übersicherung, die nicht als Kredit vergeben wird	-69	-286
Theoretisch verfügbare Ausleihkapazität, wenn man vernachlässigt, dass Ratingagenturen für ihre Berechnung nur die AAA-gerateten Länder einbeziehen	=341	=440
Effektiv verfügbare Ausleihkapazität, garantiert durch die AAA-gerateten Staaten	255	452

Inhalt

Internet: Google-Kunden sind Vorreiter im Online-Handel. Der Einsatz von Google-Produkten erhöht unter anderem den Umsatz.
Seite 3

Mindestlohn: Nach Berechnungen des IW Köln führt ein Mindestlohn von 8,50 Euro zu sinkenden Einnahmen für Fiskus und Sozialversicherungen.
Seite 4-5

OECD: Seit 50 Jahren unterstützt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ihre Mitgliedsstaaten dabei, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen.
Seite 6

Subventionen: Erstmals seit der Jahrtausendwende schraubt der Bund seine Subventionen deutlich zurück.
Seite 7

Hochschulen: Das Programm EXIST unterstützt Hochschulforscher, die ein Unternehmen gründen wollen.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ **rund 27 Prozent – das sind gut 211 Milliarden Euro statt bislang rund 119 Milliarden Euro.**

Hinzu kommt noch eine Notfall-Reserve von weiteren 20 Prozent. Deutschland garantiert so 253 Milliarden Euro. Diese Milliarden zahlt die Bundesrepublik nicht direkt – es sind nur Bürgschaften. Denn die Krisenländer, die die EFSF in Anspruch nehmen, müssen die Kredite zurückzahlen – und der Rettungsfonds kann dann damit seine ausgegebenen Anleihen zurückkaufen.

Nur wenn ein Krisenland bankrott geht und seinen Kredit nicht zurückzahlen kann, müssten die Bürgen alle gemeinsam geradestehen. Erst wenn einzelne Euroländer ihre Basis-Bürgschaften nicht stemmen könnten, wären die Länder mit AAA-Rating doppelt gefordert: Sie würden die Kredite dann sowohl mit ihren Basis-Bürgschaften als auch mit dem Aufschlag von 65 Prozent garantieren.

Damit es erst gar nicht so weit kommt, soll der Rettungsschirm vor-

beugend eingreifen können. Das heißt, er darf hochverschuldeten Staaten schon Kredite bereitstellen, bevor diese Länder ernsthaft in Gefahr sind – quasi als eine Art Versicherung gegen den Zahlungsausfall.

Der Internationale Währungsfonds hat mit derartigen vorsorglichen Kreditlinien für Polen und Mexiko bereits gute Erfahrungen gemacht.

Zudem kann die EFSF auch Darlehen gewähren, mit denen Euroländer wichtige Banken rekapitalisieren könnten – etwa wenn diese Finanzinstitute durch die Schieflage eines anderen Eurolandes bedroht sind und der jeweilige Staat sie nicht alleine auffangen kann.

Des Weiteren soll die EFSF sogar Anleihen von Euroländern aufkaufen dürfen. Damit sollen der Finanzmarkt beruhigt und Ansteckungseffekte vermieden werden. In jüngster Zeit hat allzu schlichte Panik die Zinsen und Risikoprämien von Staatspapieren nach oben getrieben und Verkaufswellen ausgelöst – ohne dass wirklich eine Staatspleite bevor-

Der Euro-Rettungsschirm

Der Euro-Rettungsschirm heißt im Original European Financial Stability Facility (EFSF) und wurde im Mai 2010 gegründet. Die EFSF („die EFSF“, weil es übersetzt „die Fazilität“ heißt) ist eine sogenannte Zweckgesellschaft, die Kredite am Kapitalmarkt aufnimmt, um sie an die Krisenländer weiterzureichen. Dazu gibt sie eigene Wertpapiere aus, für die sie wegen der umfangreichen Bürgschaften durch die Euro-Staaten nur relativ niedrige Zinsen bieten muss. EFSF-Kredite gibt es nur, wenn die Staaten sich zu grundlegenden Reformprogrammen verpflichten.

stand. Kauft der Rettungsfonds in so einer Situation Staatsanleihen des betroffenen Landes, stabilisiert das die Kurse und drückt die Zinsen.

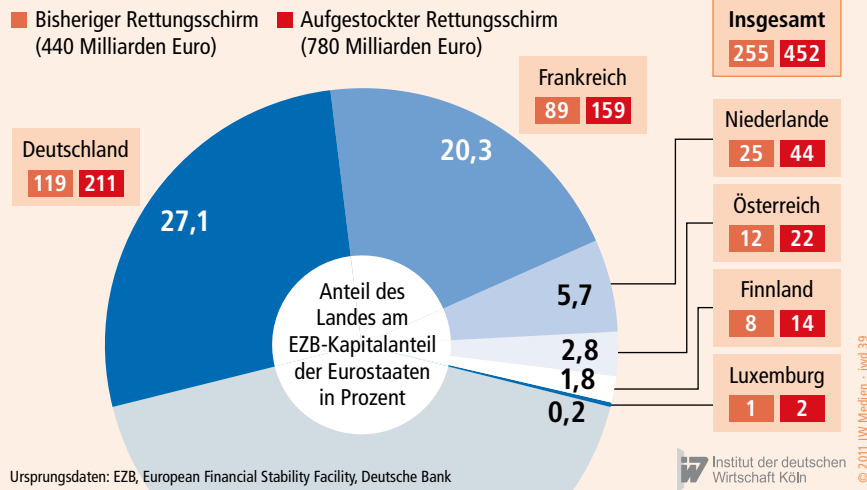
Genau das ist auch passiert, als die Europäische Zentralbank in den vergangenen Wochen italienische und spanische Anleihen aufgekauft hat. Ohne den Eingriff der Euro-Banker wären die Zinsen in Italien und Spanien möglicherweise so stark gestiegen, dass die Ratingagenturen noch misstrauischer geworden wären und die Staaten weiter herabgestuft und damit erneute Zinsanstiege provoziert hätten. Beide Länder hätten dann möglicherweise unter den Rettungsschirm flüchten müssen.

Weil dieser aber – auch nach der Aufstockung – nicht groß genug sein wird, um beispielsweise Italien aufzufangen, hätte es zu einer Massenpanik am Finanzmarkt kommen können.

All diese neuen Hilfsmaßnahmen sollen – wie auch schon die normalen Kredite – nach dem Willen des deutschen Bundestags zu Recht an strenge Reformauflagen gebunden werden.

Euro-Rettungsschirm: Nur die Besten werden in der Not zum Bürgen

Ratingagenturen trauen nicht allen Euroländern zu, auch im Notfall wirklich für ihre Verpflichtungen gegenüber dem Euro-Rettungsschirm einstehen zu können und akzeptieren daher als Bürgen nur die Staaten, die das beste Rating (AAA) vorweisen können – damit auch die EFSF so gut geratet bleibt. Diese Länder garantieren so viele Milliarden Euro



Der Google-Faktor

Internet. Seit zehn Jahren wird in Deutschland Google als Tor zum Internet genutzt. Wie Unternehmen von der Suchmaschine und anderen Google-Produkten profitieren, hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult untersucht.

Google ist längst viel mehr als eine Suchmaschine. Deutsche Unternehmen nutzen auch die zahlreichen anderen Produkte wie das Werbetooll AdWords, das Web-Analysetool Analytics oder den Google-Übersetzer.

Wie eine Befragung der IW Consult von mehr als 10.000 Unternehmen im Sommer 2011 zeigt, gibt es dabei je nach Branche unterschiedliche Vorlieben. So arbeitet der exportorientierte Automobilbau besonders häufig mit dem Übersetzer, die Bauwirtschaft unterstützt die Planung ihrer Projekte mit Google Earth, die EDV-Branche surft mit dem Webbrowser Chrome und der Einzelhandel nutzt das Merchant Center, um seine Produkte im Netz zu platzieren. Dabei verwenden die Kunden nicht nur ein einzelnes Produkt, sondern im Durchschnitt mehr als vier verschiedene. In 28 Prozent der befragten Unternehmen kommen sogar sechs oder mehr Google-Produkte zum Einsatz.

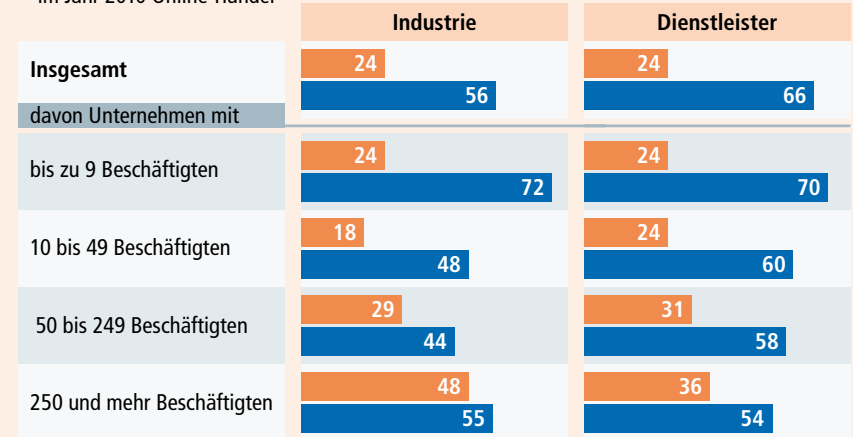
Die Studie der IW Consult zeigt, dass Google-Kunden Vorreiter im Online-Geschäft sind (Grafik):

In Deutschland betreiben 24 Prozent der Industrieunternehmen Online-Handel – bei den Google-Kunden sind es mehr als doppelt so viele.

Aber auch für Unternehmen ohne eigenen Online-Shop ist das Internet

Online-Handel: Google-Kunden sind aktiver

■ So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland betrieben im Jahr 2010 Online-Handel
■ So viel Prozent der Google-Kunden betrieben im Jahr 2010 Online-Handel



Befragung von 10.083 Unternehmen im Juni 2011; Online-Handel: Verkauf von Waren und Dienstleistungen im Internet ohne Geschäftsabwicklung per E-Mail; Google-Kunde: Unternehmen, die Google-Produkte verwenden bzw. verwendet haben, für die eine Registrierung erforderlich ist.
Quellen: Statistisches Bundesamt, IW Consult

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d-39

ein bedeutender Erfolgsfaktor. Tatsächlich zielen auch nur 28 Prozent der befragten Google-Kunden mit ihrer Webseite darauf ab, im Netz Geld zu verdienen. Viel wichtiger, sagt mehr als ein Drittel der Unternehmen, ist der Kontaktaufbau zu potenziellen Kunden. Immerhin jeder fünfte Betrieb will durch seinen Webauftritt vor allem sein Image pflegen.

Die Erwartungen werden offenbar bestens erfüllt. So haben die Kundenkontakte der Unternehmen seit dem Einsatz der Google-Tools im Schnitt um 25 Prozent zugenommen, und der Umsatz ist um 23 Prozent gestiegen. Die Firmen generieren über Google-Marketing insgesamt 36 Prozent aller Online-Kundenkontakte und 35 Prozent ihres Online-Umsatzes.


Für jeden Euro, den deutsche Unternehmen für Google-Marketing-tools ausgeben, steigt der Umsatz im Online-Geschäft um durchschnittlich

fast 8 Euro, über klassische Verkaufskanäle kommen noch circa 4 Euro dazu – der Gesamtumsatz steigt somit um knapp 12 Euro.

Positiv wirkt sich der Gebrauch von Google auch auf den Arbeitsalltag aus, denn durch die Online-Suche haben Mitarbeiter mehr Zeit für andere produktive Tätigkeiten. Dieser „Google-Suche-Effekt“ spart deutschen Unternehmen pro Mitarbeiter und Tag fast 7 Euro.

Auch das Programm Google Apps vereinfacht den Joballtag. Diese webbasierten Büroanwendungen werden von 17 Prozent der befragten Unternehmen genutzt. Mehr als zwei Drittel von ihnen gaben an, dass Informationen durch den Einsatz dieser Produktfamilie besser verfügbar seien. Bei mehr als 40 Prozent verläuft die Kommunikation mit Kunden und Mitarbeitern effizienter; weitere 30 Prozent stellen fest, dass ihre Beschäftigten durch Google Apps kreativer arbeiten.

Jobs in Gefahr

Mindestlohn. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat berechnet, dass die von den Gewerkschaften geforderte Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro bei Fiskus und Sozialversicherungen zu Mindereinnahmen von jährlich bis zu 7 Milliarden Euro führt. 

Im Frühjahr dieses Jahres machte eine Studie Schlagzeilen, in der das Beratungsunternehmen Prognos behauptete, ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde würde dem Fiskus Mehreinnahmen von 7,1 Milliarden Euro bescheren (Kasten). Die Prognos-Rechnung hat allerdings einen wesentlichen Haken: Sie geht davon aus, dass durch einen Mindestlohn keine Jobs verloren gehen.

Diese Annahme steht auf tönernen Füßen, da es Hinweise gibt, dass ein höheres Lohnniveau mit weniger Beschäftigung einhergeht (Interview). Die OECD vermutet, dass Lohnerhöhungen Jobs kosten, wenn sie die Einkommen auf mehr als ein Drittel des Durchschnittseinkom-

mens hieven. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro ergäbe in Deutschland ein Monatseinkommen von etwa 48 Prozent des Durchschnitts.

Die Berechnungen von Prognos vernachlässigen außerdem, dass höhere Löhne auch höhere Kosten und geringere Gewinne bedeuten, sodass Unternehmen weniger Steuern zahlen.

Das IW Köln hat deshalb mit Daten aus dem Jahr 2009 berechnet, wie sich all diese Effekte auswirken. Weil jedoch niemand genau sagen kann, wie groß die Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns tatsächlich sind, arbeitet das IW mit drei Szenarien (Grafik):

Szenario 1: Keine Beschäftigungseffekte. In diesem Fall würde ein Mindestlohn von 8,50 Euro dem

Staat und den Sozialversicherungen zusätzliche 5 Milliarden Euro einbringen, selbst wenn die Unternehmenssteuereinnahmen sinken.

Aufgrund des höheren Erwerbseinkommens von 19,2 Milliarden Euro würde die Einkommenssteuer um 2,3 Milliarden Euro steigen und die Sozialversicherungen würden 5,4 Milliarden Euro mehr einnehmen. Der Staat würde Ausgaben für das Arbeitslosengeld (ALG) II sparen. Wer nicht genug verdient, bekommt vom Amt einen Zuschuss. Die Einsparungen an Transfers belaufen sich auf 3,7 Milliarden Euro.

Wenn eine Firma höhere Löhne schultern muss, sinkt ihr Gewinn – sofern sie die zusätzlichen Kosten nicht über höhere Preise auf die Verbraucher überwälzen kann. Daraus ergeben sich dann Mindereinnahmen bei der Unternehmenssteuer von 6,4 Milliarden Euro.

Szenario 2: Negative Beschäftigungseffekte mit vorwiegend arbeitslosen geringfügig Beschäftigten. Unterstellt man, dass bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro vor allem geringfügig Beschäftigte ihren Job verlieren, dann macht der Staat ein Minus von 0,8 Milliarden Euro.

Denn im Vergleich zu Szenario 1 haben dann weniger Arbeitnehmer

Mindestlohn: Nicht ohne Risiko für die Staatskasse

Sofern mit der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro die Zahl der Arbeitsplätze zurückgeht, zahlt der Staat drauf

in Milliarden Euro

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Erwerbseinkommen steigen um	19,2	17,1	15,6
Mehreinnahmen des Staates			
Einkommenssteuer	2,3	1,4	0,8
Sozialbeiträge	5,4	4,1	3,1
Einsparungen des Staates (+)/Mehrausgaben (-)			
Arbeitslosengeld und andere Transferleistungen	3,7	-1,0	-5,7
Mindereinnahmen des Staates			
Unternehmenssteuern	-6,4	-5,4	-4,7
Gesamteffekt	5,0	-0,8	-6,6

Stand: 2009; Szenario 1: keine Beschäftigungseffekte; Szenario 2: negative Beschäftigungseffekte mit einem hohen Anteil an arbeitslosen geringfügig Beschäftigten (43 Prozent); Szenario 3: negative Beschäftigungseffekte mit einem hohen Anteil an arbeitslosen Vollzeitbeschäftigten (20 Prozent)
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt



aus IW-Trends
4/2011

Nicole Horschel, Hagen Lesch: Fiskalische Kosten eines gesetzlichen Mindestlohns, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln

www.iwkoeln.de/trends

Das sagt Prognos

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde würde der deutsche Staat seinen Haushalt um mehr als 7 Milliarden Euro entlasten. Die gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro erhöht die Erwerbseinkommen der privaten Haushalte um etwa 14,5 Milliarden Euro. Daraus resultieren eine zusätzliche Einkommensteuer sowie Sozialbeiträge von jeweils 2,7 Milliarden Euro. Zudem gingen die Ausgaben für staatliche Transfers um 1,7 Milliarden Euro zurück.

Quelle: Prognos, Berlin 2011

eine Stelle, in der Summe steigen die Löhne daher nur um 17,1 Milliarden Euro, die zusätzlichen Steuern und Sozialbeiträge fallen mit 5,5 Milliarden Euro geringer aus.

Die Transfers steigen dagegen, denn der Staat muss mehr Arbeitslose alimentieren. Im Vergleich zu Szenario 1 sind die Einbußen bei der Unternehmenssteuer etwas niedriger, weil aufgrund der Entlassungen der Mehraufwand für Löhne sinkt und die Gewinne steigen.

Szenario 3: Negative Beschäftigungseffekte mit überwiegend arbeitslosen Vollzeitbeschäftigten. Die Löhne steigen in diesem Fall per saldo nur noch um 15,6 Milliarden Euro, weil nunmehr Vollzeitbeschäftigte arbeitslos werden, die in der Regel mehr verdienen. Die Mehreinnahmen für Sozialversicherungen und Fiskus fallen dementsprechend geringer aus.

Auf der anderen Seite müssen deutlich höhere Transferzahlungen – 5,7 Milliarden Euro – geleistet werden, da jetzt Arbeitnehmer arbeitslos werden, die Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, das eng an den früheren Lohn gekoppelt ist. Unter dem Strich – nach dem Verlust an Unternehmenssteuern – ergibt

sich eine fiskalische Belastung in Höhe von 6,6 Milliarden Euro.

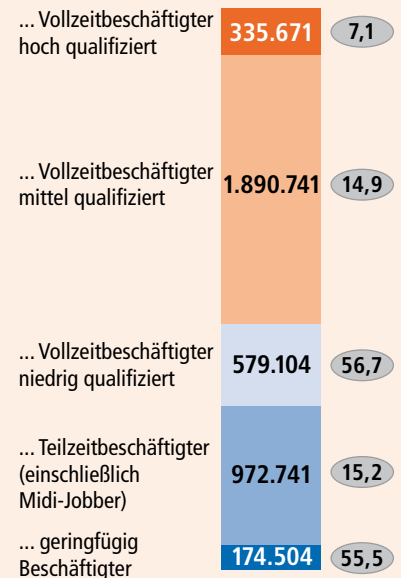
Welches Szenario ist nun wahrscheinlicher? Für diese Gretchenfrage gibt es keine klare Antwort – nur Indizien. Vor allem geringfügig Beschäftigte und Arbeitskräfte ohne Ausbildung würden theoretisch gesehen von einem Mindestlohn profitieren. Jeder zweite Haushalt mit einem Mini-Jobber bekäme mehr Geld (Grafik). Tragischerweise sind das aber genau jene Personen, die entlassen werden, wenn sie sich für ihren Arbeitgeber nicht mehr rechnen. Das spräche für Szenario 2.

Aber auch für Szenario 3 gibt es starke Argumente. Laut Rheinisch-Westfälischem Institut für Wirtschaftsforschung sind 40 Prozent der geringfügigen Jobs bedroht, wenn die 8,50 Euro Stundenlohn Realität würden. In der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten stünde fast ein Viertel der Stellen zur Disposition.

Mindestlöhne: Wer davon profitiert

Zahl der Haushalte, in denen mindestens ein ... weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdient

■ in Prozent der jeweiligen Haushaltstypen



Mehrfachnennungen; Stand: 2009; Midi-Jobber: Bruttolohn von mehr als 400 bis 800 Euro; niedrig qualifiziert: kein beruflicher Abschluss; mittel qualifiziert: Abschluss bis zum Meister; hoch qualifiziert: Fachhochschul-, Uniabschluss
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 39

+ Interview +++ Interview +++ Interview + Interview

Negative Beschäftigungswirkungen?

Dr. Hagen Lesch ist einer der Autoren der IW-Analyse



Prognos geht davon aus, dass das Beschäftigungsniveau durch einen Mindestlohn nicht beeinflusst wird. Teilen Sie diese Meinung?

Nein. Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die Mindestlöhnen negative Beschäftigungswirkungen zuschreiben. Entscheidend ist natürlich die Höhe. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde dürften viele Arbeitsplätze bedroht sein.

Manche Branchen haben ja bereits einen Mindestlohn. Gibt es Untersuchungen, wie sich das auf die Zahl der Jobs ausgewirkt hat?

Für Deutschland wurde der Mindestlohn im Baugewerbe untersucht. Danach gab es im Osten 1.300 bis 2.500 Arbeitsplätze weniger, im Westen entstanden 1.000 bis 1.500 Stellen.

De facto setzen alle Tarifverträge Mindeststandards. Warum bestehen die Gewerkschaften trotzdem auf einem allgemeinen Mindestlohn?

Weil 40 Prozent aller Arbeitnehmer nicht nach Tarifverträgen bezahlt werden und sich in einigen Dienstleistungssektoren ein Niedriglohnssektor herausgebildet hat.

Gute Ratschläge für mehr Wachstum

OECD. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird am 30. September 50 Jahre alt. Mit Reformratschlägen und Statistiken unterstützt sie ihre Mitgliedsstaaten dabei, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen.

Früher verteilte sie bares Geld, heute gibt sie kostenlose Ratschläge: Die Arbeitsweise der OECD hat sich im Lauf der Jahrzehnte stark gewandelt. Doch nach wie vor setzt sie sich dafür ein, den Wohlstand auf der ganzen Welt nachhaltig zu fördern.

Und genau genommen tut sie dies auch nicht erst seit 50 Jahren, sondern schon seit 1948. Damals wurde die OEEC gegründet – die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Die 18 Gründerstaaten verpflichteten sich zu einer Politik, die Produktion und Beschäftigung fördern sollte. Praktisch war die OEEC für die Koordination des Marshall-Plans zuständig, mit dem die USA den Wiederaufbau Europas anschoben. Gegen Ende der 1950er Jahre hatte die OEEC ihr Ziel bereits im Wesentlichen erreicht: Europas Wirtschaft war – mit Ausnahme der deutschen – mithilfe von fast 14 Milliarden Dollar stärker als vor dem Zweiten Weltkrieg.

Zusammen mit den USA und Kanada gründeten die 18 OEEC-Mitglieder am 30. September 1961 dann die OECD – die heute übrigens immer noch an derselben Pariser Adresse ihren Sitz hat wie zuvor die OEEC. Mittlerweile vereinigt die Organisation 34 Länder, bringt jährlich 250 Studien heraus, hat ein Budget von 342 Millionen Euro und beschäftigt 2.500 Mitarbeiter.

Eine der bekanntesten OECD-Publikationen dürfte die PISA-Studie sein, die vor allem in Deutschland großen Einfluss auf die Bildungspolitik genommen hat. Als die internationale Vergleichsstudie im Jahr 2000 erstmals mit dem Vorurteil aufräumte, die Bundesrepublik habe ein gutes und effizientes Schulsystem, entstand hierzulande ein gewaltiger Reformdruck. Die Ergebnisse dieses Veränderungswillens lassen sich mittlerweile an den PISA-Folgestudien ablesen, in denen Deutschlands

Schüler deutlich besser abschneiden als vor elf Jahren.

Daneben verfasst die OECD regelmäßig Länderberichte über ihre Mitgliedsstaaten, in denen die Wirtschaftspolitik ausführlich unter die Lupe genommen wird, Schwachstellen aufgezeigt und Reformvorschläge gemacht werden. Dass die OECD in der Vergangenheit mit ihren Ratschlägen nicht ganz falsch gelegen haben kann, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Lebensstandards der OECD-Länder:

Zwischen 1970 und 2010 hat sich die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der OECD-Staaten mehr als verdoppelt.

Am besten schneidet Irland mit einer 280-prozentigen Steigerung ab, auch Deutschland rangiert mit einem Plus von 114 Prozent im oberen Mittelfeld (Grafik).

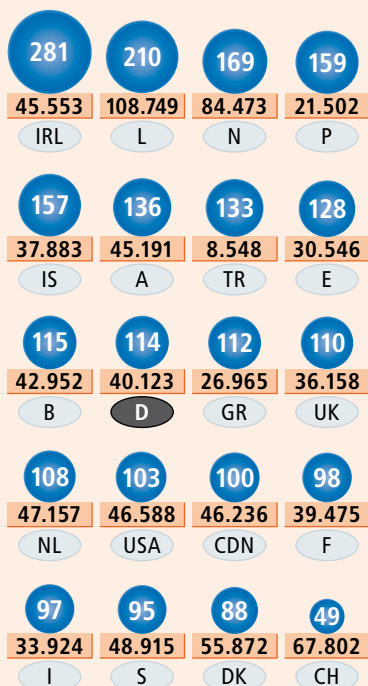
Basis für die Empfehlungen der OECD ist gründliche Forschungsarbeit. So hat die Organisation Mitte der 1990er Jahre, als vielerorts die Arbeitslosigkeit hoch war, zu deren Ursachen eine umfangreiche Jobs Study vorgelegt. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurde der Fokus verbreitert und auf wirtschaftliche Wachstumstreiber ausgerichtet. Auch stellt die OECD umfangreiche Statistiken bereit und entwickelt internationale Standards – etwa zur Verhinderung von Geldwäsche.

Aktuell widmet sich die OECD verstärkt dem staatlichen Schuldenabbau, der Finanzmarktregulierung und dem grünen Wachstum – einem Wirtschaftswachstum, das keine Umweltschäden, keine sozialen Ungleichheiten und keine regionalen Ungleichgewichte verursacht.

Wohlstand: Überall gestiegen

Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner von 1970 bis 2010 in Prozent

■ Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahr 2010 in Dollar



Island, Türkei, USA: Daten 1970 bis 2009; Deutschland: bis 1990
Westdeutschland
Urspungsdaten: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 39

Weniger Hilfe vom Staat

Subventionen. Erstmals seit der Jahrtausendwende schraubt der Bund seine Subventionen deutlich zurück.

Der Abbau von staatlichen Hilfgeldern ist längst überfällig, sind Subventionen doch eigentlich vor allem „als Helfer in der Not“ für einen befristeten Zeitraum gedacht. In den vergangenen Jahren ging der Trend jedoch eher hin zur Dauersubventionierung und im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 stieg das Niveau der staatlichen Hilfen noch einmal an.

Der im August vorgelegte 23. Subventionsbericht der Bundesregierung zeigt nun, dass die Wende zumindest eingeläutet wird. So sollen allein die Hilfgelder des Bundes im Zeitraum von 2009 bis 2012 um rund 6 Milliarden Euro auf knapp 23 Milliarden Euro sinken. Und auch insgesamt, also Bund, Länder und Gemeinden zusammengenommen, sollen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zurückgehen (Grafik):

Gewährte der Bund im Jahr 2000 noch Rekord-Subventionen von mehr als 59 Milliarden Euro, so sind es in diesem Haushaltsjahr nur noch gut 49 Milliarden Euro.

Damit wird heute nur noch jeder 15. Ausgaben-Euro für Subventionen aufgewendet – im Jahr 2000 war es rund jeder Zehnte.

Der größte Teil des Subventionsabbaus erklärt sich durch den Rückgang der Finanzhilfen. Diese sinken – im Vergleich zum Jahr 2000 – um mehr als 26 Prozent auf knapp unter 17 Milliarden Euro. Das liegt vor allem an den zeitlich befristeten Geldern, die zur Bekämpfung der

Der Subventionsdschungel lichtet sich

in Milliarden Euro	2000	2005	2010	2011	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent
Finanzhilfen					
Insgesamt	22,9	17,8	17,2	16,9	-26,2
Bund	10,1	6,1	7,0	6,6	-34,6
Länder, Gemeinden	12,8	11,7	10,2	10,3	-19,5
Steuervergünstigungen					
Insgesamt	25,1	29,9	29,1	26,8	6,8
Bund	13,1	17,4	18,6	17,1	30,5
Länder, Gemeinden	12,0	12,5	10,5	9,7	-19,1
Sonstige	11,3	9,5	5,9	5,6	-50,4
Insgesamt	59,3	57,2	52,2	49,3	-16,9
In Prozent der Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden	9,9	9,1	7,1	6,6	

Sonstige: ERP-Finanzhilfen, Marktordnungsausgaben der Europäischen Union; Quelle: Deutscher Bundestag

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Ind 39

Krise ausgezahlt wurden – zum Beispiel die staatliche Abwrackprämie, die allein mit 5 Milliarden Euro zu Buche schlug. Gemessen an den fast 55 Milliarden Euro Staatshilfen im Vorkrisenjahr 2007 werden annähernd 6 Milliarden Euro eingespart.

Zum Subventionsabbau trägt auch ein Rückgang der Hilfen im Wohnungswesen bei. Diese haben sich seit 2009 halbiert und liegen 2012 bei knapp 2 Milliarden Euro. Das hängt damit zusammen, dass die Eigenheimzulage endgültig ausgelaufen ist.

Der größte Batzen der Staatshilfen entfällt nach wie vor auf die gewerbliche Wirtschaft. Ihr kommt zwar auch 2012 noch mehr als die Hälfte aller Subventionen zugute, dennoch müssen sich die Branchen und Unternehmen künftig etwas bescheiden:

Die gewerbliche Wirtschaft erhielt 2009 mehr als 17 Milliarden Euro – 2012 werden es knapp 12 Milliarden Euro sein.

Diese Kürzung erklärt sich vor allem durch die Befristung der Umweltprämie, die im September 2009 ausgelaufen ist.

Nicht so erfolgreich fällt die Sparbilanz allerdings aus, wenn man einmal die Subventionsstruktur unter die Lupe nimmt. Das Stabilitätsgesetz schreibt vor, dass Subventionen in eine der drei folgenden Kategorien einzuteilen sind:

Der um 6 Prozentpunkte gestiegene Löwenanteil der staatlichen Gelder liegt 2012 mit gut 34 Prozent bei den sogenannten Erhaltungshilfen. Sie dienen im Zweifel – meist aus verteilungspolitischen Gründen – dem Überleben nicht mehr wettbewerbsfähiger Unternehmen oder Branchen.

Der Anteil der Anpassungshilfen, eine Art Hilfe zur Selbsthilfe, hat im Berichtszeitraum ebenfalls zugelegt, von 13,7 auf 15,4 Prozent. Dagegen ist der Anteil der wachstumsfördernden Produktivitätshilfen von 27,4 auf 16,3 Prozent gesunken.

71

Prozent der Deutschen über zehn Jahre engagieren sich ehrenamtlich. Während Jugendliche ihre Freizeit eher seltener als früher in den Dienst anderer stellen – ihre Beteiligung sank in den vergangenen zehn Jahren von 37 auf 35 Prozent – engagieren sich die über 65-Jährigen häufiger: Laut Freiwilligen-survey 2009 stieg die Quote bei den Rentnern von 23 auf 28 Prozent. Das ehrenamtliche Engagement von Erwerbstätigen hängt allerdings stark vom Arbeitgeber ab: Unterstützt der Chef das Ehrenamt – etwa durch flexible Arbeitszeiten – opfern die Mitarbeiter 19 Stunden pro Monat ihrer Freizeit, ansonsten nur 13 Stunden. Laut Bundesfamilienministerium ist der Großteil der Freiwilligen in Sportvereinen, im schulischen und kirchlichen Bereich aktiv. In ländlichen Regionen ist der Einsatz bei der Freiwilligen Feuerwehr besonders beliebt.

Adressaufkleber

Die Uni-Unternehmer

Hochschulen. Das Programm EXIST unterstützt Hochschulforscher, die ein Unternehmen gründen wollen.

Innovationen entstehen nicht nur in Forschungslabors der Industrie – vieles wird an Universitäten oder daheim ausgetüftelt. Mit dem Existenzgründungsprogramm EXIST will die Bundesregierung vor allem Hochschulforscher, aber auch Studenten ermuntern, ihre Ideen in einer eigenen Firma umzusetzen. EXIST bietet Beratung, Schulung sowie Unterstützung zum Lebensunterhalt und Zuschüsse zu Sachmitteln; die Hochschule muss den Arbeitsplatz und Laborzugang stellen.

Das Fraunhofer-Institut ISI hat nun untersucht, wie die 2007 eingeführten Gründerstipendien angenommen wurden.

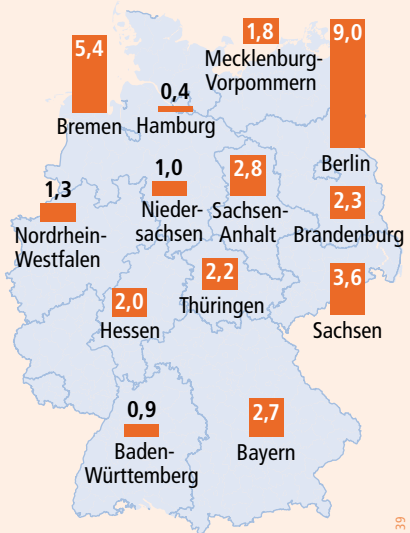
Mit 36 Prozent der Stipendiaten stellten Akademiker außerhalb der Hochschule einen größeren Anteil als Uni-Mitarbeiter, die knapp ein Viertel ausmachten. Jeder dritte Stipendiat studierte noch.

Nur bei einem Drittel der gegründeten Betriebe waren Ingenieure im Team, Informatiker bei fast der Hälfte. An 27 Prozent der Firmen waren Naturwissenschaftler beteiligt, Wirtschaftswissenschaftler an 43 Prozent.

Jeweils ein Fünftel der geförderten Jungunternehmen kommt aus Bay-

Vom Wissenschaftler zum Gründer

Das EXIST-Gründerstipendium der Bundesregierung fördert Unternehmensgründungen von Hochschulforschern und Studenten. Von 2007 bis 2009 wurden so viele neue Unternehmen von Hochschulforschern gefördert, je eine Million Einwohner



Vom Fraunhofer-Institut ISI untersuchte geförderte Gründungen; Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein: keine Teilnahme; Ursprungsdaten: Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - Iwd 39

ern und Berlin. Setzt man die Gründungen in Relation zur Einwohnerzahl, liegt Berlin klar vorn (Grafik). Stipendien wurden im Norden kaum nachgefragt, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein waren nicht beteiligt.

Frauen gibt es nur wenige unter den Stipendiaten, obwohl zwei Drittel der Gründungen im Bereich Dienstleistungen stattfanden. Der Rest waren Industriebetriebe.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.